

Protokoll

Nr. XIII/8/2022

der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses

vom Mittwoch, dem 04.05.2022

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 21:00 Uhr

I. Vorsitzende

Birk-Lemper, Karin

II. Die weiteren Ausschussmitglieder

Bolz, Ulrike

Holm, Christian

Kulp, Kevin

vertritt Rahner, Judith

Lurz, Günther

Müller, Marcel

Muschter, Jan

Utterodt, Anja

Weber, Matthias

III. Von der Stadtverordnetenversammlung

Fleischer, Hans-Peter

Scheer, Cornelia

Töpperwien, Bernd

Ziegele, Stefan

Zunke, Sandra

IV. Vom Magistrat

Pauli, Thomas

Planz, Sascha

V. Von den Beiräten

Eckhard, Raphael

Misselwitz, Eila

VI. Von der Verwaltung

VII. Als Gäste

VIII. Schriftführer

Dr. Sturm, Nico

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie wird wie folgt erledigt:

1. Genehmigung des Beschluss-Protokolls Nr. XIII/7/2021 über die Sitzung des Sozialausschusses am 02.02.2022

Seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden zwei Korrekturwünsche im Protokoll formuliert. Unter Tagesordnungspunkt 3.1 (Antrag der SG Anspach 1862 auf Nichterhebung des Betriebskostenzuschusses 2021 für Vereine) soll aufgenommen werden, dass sich die Fraktion zu der Frage der Betriebskostenzuschüsse enthalten habe, da zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht alle Fakten bekannt waren, die aus Sicht der Fraktion für eine Entscheidungsfindung notwendig gewesen wären. In Tagesordnungspunkt 3.2 (Neufassung der Entgeltordnung für das Walschwimmbad der Stadt Neu-Anspach) soll aufgenommen werden, dass die Fraktion eine schriftliche Übersicht über die Gebührenaufstellung vermisst hat.

Gegen die Änderungswünsche der Fraktion erheben sich keine Einwände. Die Vorsitzende lässt über das Protokoll mit den beiden Änderungswünschen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Beschluss

Es wird beschlossen, das Protokoll über die Sitzung des Sozialausschusses vom 02.02.2022 mit folgenden Ergänzungen zu genehmigen:

TOP 3.1 Antrag der SG Anspach 1862 auf Nichterhebung des Betriebskostenzuschusses 2021 für Vereine
Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat sich zu der Frage der Betriebskostenzuschüsse enthalten, da zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht alle Fakten bekannt waren, die aus Sicht der Fraktion für eine Entscheidungsfindung notwendig gewesen sind.

TOP 3.2 Neufassung der Entgeltordnung für das Walschwimmbad der Stadt Neu-Anspach
Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vermisst eine schriftliche Übersicht über die Gebührenaufstellung.

Beratungsergebnis: 7 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

2. Bericht aus den Kindertagesstätten der freien und kirchlichen Träger

Frau Bolz berichtet von der Sitzung des KiTa-Ausschusses der ev. KiTa „Unterm Himmelszelt“ vom 30.03.2022. Zum Zeitpunkt der Sitzung wurden 17 Kinder in der Familiengruppe und 25 Kinder in der Kindergartengruppe betreut. Damit war die zweigruppige Einrichtung voll ausgelastet. Nach den Sommerferien verlassen 28 Kinder die Einrichtung (in die Grundschule bzw. die Außengruppe der Kindertagesstätte Rasselbande, die „Pitsche Dappcher“). Gleichzeitig liegen bereits 27 Neuanmeldungen vor, so dass auch für das neue Kindergartenjahr von einer hohen Auslastung ausgegangen werden kann.

In Absprache mit der Stadt seien sechs U3-Plätze in der Familiengruppe möglich. Die Betriebserlaubnis würde hingegen die Betreuung von acht Kindern unter drei Jahren ermöglichen.

Es wurde weiter berichtet, dass die Kirche sich nun eigenverantwortlich um die Beschaffung von Sand und Rindenmulch kümmern müsse. In der Vergangenheit habe dies die Stadt übernommen und diesen Modus nun geändert.

Der Elternbeirat hat eine Umfrage in der Einrichtung durchgeführt um zu erheben, in welchem Umfang die Familien die Corona-Schnelltests nutzen, die von der Stadt Neu-Anspach zweimal wöchentlich zur Verfügung gestellt wurden. Frau Bolz fragt in diesem Zusammenhang, wie in den anderen Kindertagesstätten der Stadt verfahren wurde. Die Vorsitzende bittet die Verwaltung um eine kurze Stellungnahme im Sitzungsprotokoll. Die Verwaltung beantwortet die Frage wie folgt:

Die Teststrategie wurde von der Verwaltung gemeinsam mit den drei Trägern (Kirchengemeinden und VfZ) sowie dem Stadtelternebeirat entwickelt. Im Rahmen der Vorgespräche formulierte der Stadtelternebeirat den Wunsch, das Nutzungsverhalten zu evaluieren. Die Verwaltung sagte dem Stadtelternebeirat ihre Unterstützung zu bzw. räumte ihm die Möglichkeit ein, dies in den kommunalen Kindertagesstätten zu tun. Eigeninitiativ wollte die Verwaltung jedoch keine entsprechende Erhebung durchführen. Dies wurde wie folgt begründet:

Es wurde davon ausgegangen, dass die Aussagekraft und Belastbarkeit dieser – in ihrem Planungs-, Durchführungs- und Auswertungsaufwand nicht unerheblichen – Befragung äußerst gering sei. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass der Effekt der „sozialen Erwünschtheit“ dazu führe, dass Familien, die ihre Kinder nicht testen entweder nicht an der Umfrage teilnehmen oder bei der Befragung angeben, ihre Kinder zu testen. Hieraus ergäbe sich möglicherweise der trügerische Eindruck, die tatsächliche Testquote liege nahezu bei 100 %. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass man bei der Interpretation der Ergebnisse zu der Annahme gelangt, dass alle Familien, die nicht an der Umfrage teilgenommen haben, ihre Kinder nicht getestet hätten. Dabei kann es vielfältige Gründe geben, sich nicht an einer Umfrage zu beteiligen (der Nutzen wird nicht erkannt, kein Interesse an der Thematik, Zeitmangel, Probleme mit der deutschen Sprache etc.). Im Falle beider Interpretationen (hohe Testquote durch erhobene Daten oder deutlich geringere Testquote durch Kategorisierung der nicht Teilnehmenden als „nicht getestet“) würde höchst wahrscheinlich nicht das tatsächliche Nutzungsverhalten zum Einsatz der Schnelltests abgebildet werden. Zudem war aus Sicht der Verwaltung auch unklar, welcher konkrete Mehrwert sich aus den Erhebungsergebnissen ergeben würde bzw. welche alternativen Handlungsstrategien sich auf Basis der Ergebnisse eröffnen könnten. Nach Kenntnis der Verwaltung hat weder ein weiterer Träger noch der Stadtteilernbeirat in einer anderen Kindertagesstätte in Neu-Anspach eine entsprechende Umfrage durchgeführt.

3. Beratungspunkte

3.1 Vorstellung der neuen Mitarbeiterin zur Betreuung Geflüchteter (Frau Olena Klementyeva)

Frau Klementyeva stellt sich den Ausschussmitgliedern vor. Sie skizziert sowohl ihre fachlich einschlägige Bildungs- und Erwerbsbiografie als auch ihre persönliche Biografie. Darüber hinaus gibt sie einen Überblick über ihre Aufgabengebiete und stellt exemplarisch besonders relevante Aspekte hervor.

Die Vorsitzenden bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Vorstellung und wünscht gutes Gelingen bei dieser herausfordernden Aufgabe.

3.2 Vorstellung des neu gewählten (2021) Seniorenbeirates

Der Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herr Eckhard, stellt dem Ausschuss die Arbeit des Seniorenbeirates mit Unterstützung einer Präsentation (im Anhang zu diesem Protokoll) vor. Dabei gliedert er seinen Vortrag in fünf Teile (1. Vorstellung des Vorstandes, 2. Angebotsportfolio des Seniorenbeirates, 3. Aktuelle Projekte und Themen, die von Einzelpersonen und Projektgruppen bearbeitet werden, 4. Themenfelder auf bzw. Projekte bei denen sich der Seniorenbeirat engagiert und 5. Zentrale (Zukunfts-)Themen. Im Folgenden werden zentrale Aspekte ausbuchstabiert, die Herr Eckhard im Rahmen seines Vortrages explizit in den Fokus gerückt hat. Für alle weiteren Aspekte wird auf die dem Protokoll beigefügte Präsentation verwiesen.

Der Seniorenbeirat versteht sich als Repräsentant und Sprachrohr aller Neu-Anspacher Bürgerinnen und Bürger über 60 Jahren. Im „Vor-Corona-Jahr“ 2019 haben 3.500 Gäste das Zentrum 60plus besucht (unter Corona mussten die Aktivitäten pandemiebedingt stark eingeschränkt werden). Als Themen, die aus Sicht des Seniorenbeirates von besonderer Bedeutung sind, werden Pflege, Wohnen und Mobilität genannt. Da es sich bei diesen Themen um mittel- bis langfristige Projekte handelt, sei es dringend erforderlich, möglichst zeitnah aktiv zu werden, um bereits Ressourcen geschaffen zu haben und eine Infrastruktur vorzuhalten wenn sich der Bedarf aufgrund des demografischen Wandels weiter verschärft. In diesem Zusammenhang wird das AMINA-Taxi als gutes und hilfreiches Instrument beurteilt, welches aber nicht ausreicht um den tatsächlichen Mobilitätsbedarfen älterer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Darüber hinaus kritisiert der Seniorenbeirat, dass die Politik die Stelle der professionellen Rentenberatung in der Stadtverwaltung, nach dem altersbedingten Ausscheiden der zuständigen Mitarbeiterin, nicht erneut besetzt habe. Aktuell gebe es seitens der Stadt kein Beratungsangebot mehr.

Der Seniorenbeirat wünscht sich vom Sozialausschuss künftig einen kontinuierlichen Wissens- und Informationsaustausch. Herr Eckhard bedankt sich für die Aufmerksamkeit und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit, um die vielfältigen Themen gemeinsam mit der Stadtgesellschaft anzugehen und voran zu bringen.

Die Vorsitzende bedankt sich für den interessanten und engagierten Vortrag und freut sich auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ausschuss und Seniorenbeirat.

3.3 Errichtung einer Dirt-Bike-Strecke, Stadtteil Hausen-Arnsbach

1. Grundsatzbeschluss

2. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 98/2022

Die Vorsitzenden trägt einfühend den Beschluss des Umweltausschusses vom 03.05.2022 vor und fasst komprimiert die wesentlichen Argumente zusammen, die im Rahmen der Diskussion ausgetauscht wurden. Der Umweltausschuss habe mehrheitlich folgende Beschlüsse getroffen:

Es wird beschlossen,

1. einen Bebauungsplan nach § 2 Abs. 1 BauGB für ein Sport- und Spielgelände im Kostenrahmen von ca. 12.500,00 € aufzustellen. Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Hausen-Arnsbach Flur 10 Flurstück 74 sowie Gemarkung Westerfeld Flur 4 Flurstück 75/1 (teilweise).

2. den Beschluss über das Projekt Dirt-Bike-Strecke im Rahmen der Haushaltsberatungen zu fassen.

Darüber hinaus informiert sie darüber, dass das Testzentrum dem VzF eine Spende in Höhe von 6.000,00 € übergeben habe. Dieses Spendengeld soll für die Ertüchtigung der Skateranlage eingesetzt werden.

Herr Holm weist für die b-now darauf hin, dass sich die tatsächlichen Kosten zur Realisierung des gesamten Projektes auf 83.000,00 € belaufen. In der Vorlage sei die Eigenleistung der Stadt von etwa 20.000,00 € in Abzug gebracht worden. Im Sinne der Kostentransparenz wirbt er für eine eindeutige Darstellung der Gesamtkosten.

Herr Pauli stimmt zu, dass sich das Gesamtkostenvolumen des geplanten Projektes, wie von Herrn Holm dargestellt, auf 83.000,00 € beläuft. Die Kosten in Höhe von 20.000,00 €, in deren Umfang die Stadt Eigenleistungen erbringt, wären aber angefallen (da die Personalkosten der städtischen Mitarbeitenden ohnehin anfallen). Vor diesem Hintergrund sind die 63.000,00 € die Kosten, die den Haushalt zusätzlich belasten würden, wenn man das Projekt in dieser Form realisiere.

Darüber hinaus weist der Bürgermeister darauf hin, dass der Verband „Hoher Taunus“ im Rahmen seiner Antragstellung zur „Leader Region“ sowohl die Ertüchtigung des Skaterparks als auch die Einrichtung der „Dirt-Bike-Strecke“ als Startprojekte für das Landesprogramm angemeldet hat.

Frau Zunke weist für die SPD-Fraktion darauf hin, dass der Umweltausschuss die Verwaltung beauftragt hat, im Vorfeld das Potential einer „Dirt-Bike-Strecke“ bei potentiellen Nutzengruppen zu erheben. Zudem sollen Förder- und Sponsorenmittel eingeworben werden, um die Investitionssumme der Stadt so weit wie möglich zu reduzieren.

Herr Muschter berichtet für die CDU-Fraktion, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung im Ausschuss zunächst enthalten werde. Zum jetzigen Zeitpunkt müssten zunächst noch unterschiedliche Aspekte in der Fraktion diskutiert werden. Die Dirt-Bike-Strecke sei nicht das einzige Projekt, welches zurzeit von der Stadt verfolgt würde (Skaterplatz, Bolzplatz neben Adam Hall etc.) und man wolle die gesamte Thematik zunächst in der Fraktion beraten.

Herr Pauli erläutert noch einmal die Historie der Vorlage der Verwaltung (ausgehend von der Stilllegung der ursprünglichen Dirt-Bike-Strecke unter der Brücke der Heisterbachstraße) und arbeitet die Unterschiede zwischen dem Charakter einer „Downhill-Strecke“ und einer „Dirt-Bike-Strecke“ heraus.

Für die SPD-Fraktion wirbt Frau Zunke noch einmal dafür, so zu verfahren wie im Umweltausschuss und die entsprechenden Mittel einzustellen. Das Grundstück gehöre ohnehin der Stadt und man könne hier mit einem überschaubaren Aufwand einen großen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Zudem dauere die Schaffung von Baurecht für eine Spiel- und Sportstätte ca. ein Jahr und man würde mit dieser Umwidmung noch keine Entscheidung darüber treffen, wie diese Spiel- und Sportstätte konkret ausgestaltet sein soll.

Herr Holm kündigt an, dass sich auch die b-now zunächst enthalten wird und stellt noch einmal die Bedeutung einer Erhebung zum potentiellen Bedarf einer Dirt-Bike-Strecke in den Mittelpunkt seiner Wortmeldung.

Für Bündnis 90 DIE GRÜNEN formuliert Frau Scheer, dass ihre Fraktion den Weg für die Umwidmung freimachen wolle und dass mit dieser Umwidmung eben noch kein Beschluss über die konkrete Ausgestaltung gefallen sei.

Die Vorsitzende schließt die Aussprache und lässt über die Vorlage – nach dem Vorbild des Umweltausschusses – abstimmen.

Beschluss:

Es wird beschlossen,

1. einen Bebauungsplan nach § 2 Abs. 1 BauGB für ein Sport- und Spielgelände im Kostenrahmen von ca. 12.500,00 € aufzustellen. Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Hausen-Arnstach Flur 10 Flurstück 74 sowie Gemarkung Westerfeld Flur 4 Flurstück 75/1 (teilweise).

Beratungsergebnis: 4 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 5 Stimmenthaltung(en)

2. den Beschluss über das Projekt Dirt-Bike-Strecke im Rahmen der Haushaltsberatungen zu fassen.

Beratungsergebnis: 9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4. Mitteilungen des Magistrats

4.1 Prüfauftrag 50/2022 Errichtung einer Downhillstrecke

Vorlage: 80/2022

Laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 50/2022 wurde der Magistrat mit der Prüfung der Errichtung einer Downhillstrecke auf Neu-Anspacher Gemarkung beauftragt.

Im Zuge der Prüfung wurden der Naturpark Taunus, der Förster und die Jugendpflege Usingen in die Expertise eingebunden.

Laut Auskunft des Naturparks handelt es sich bei einem Downhilltrail um eine Mountainbikeabfahrt von mindestens 1,5 Kilometern Länge mit großem Gefälle und künstlich eingebauten Hindernissen. Da bei der Abfahrt erhebliche Geschwindigkeiten erreicht werden, ist eine kürzere Abfahrt in der Regel nicht sinnvoll.

Laut Auskunft des Försters ist eine sinnvolle und Natur gerechte Streckenführung in dieser Form auf Neu-Anspacher Gemarkung nicht gegeben.

Prinzipiell ist der Naturpark Taunus bereit, wenn entsprechendes Gelände zur Verfügung stünde, im Auftrag der Stadt einen Downhilltrail zu errichten und zu betreiben. Die Kosten für Bau und Betrieb trägt dabei die Stadt. Die Haftung außerhalb der Verkehrssicherungspflicht liegt beim Naturpark (z.B. Instandhaltung von künstlichen Hindernissen). Die Verkehrssicherungspflicht liegt bei der Stadt (Entfernung von Äste und Totholz). Diese wäre vom Forst zu gewährleisten. Als Kosten gibt der Naturpark folgende Richtwerte an:

Für die Errichtung

- Aufnahme und Festlegung der Streckenführung	1.550,00€
- Digitalisierung als GPX Koordinaten	1.250,00€
- Artenschutzrechtliches Gutachten	2.000,00€
- Umsetzung der Maßnahme vor Ort	1.200,00€
- Informationstafeln	1.800,00€
- Wegweisung auf der Strecke	2.800,00€
- Sicherungsmaßnahmen bei Überquerungen	1.500,00€
Gesamt	12.100,00€

Für den Betrieb (jährlich)

- Pflege- und Unterhaltung	2.500,00€
- Prüfung und Herstellung der Verkehrssicherheit	4.500,00€
Gesamt jährlich	7.000,00€

Laut Aussage der Jugendpflege Usingen wird die illegale, ca. 200m lange Abfahrt im Wald von Westerfeld ausschließlich von Jugendlichen aus dem Wohngebiet „Am Schleichenbach“ genutzt. Für diese sei die Errichtung eines Downhilltrails an einem anderen weiter entfernten Ort nicht interessant.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Errichtung eines Downhilltrails auf dem Neu-Anspacher Stadtgebiet nicht sinnvoll erscheint. Zum einen fehlt ein adäquates Gelände, dass für Jugendliche aber auch für professionelle auswärtige Nutzer interessant wäre. Zudem kommen zu den Baukosten jährliche Unterhaltungskosten, sowie eine weitere Belastung der städtischen Forstmitarbeiter.

Um den Jugendlichen eine Alternative zur illegalen Abfahrt im Westerfelder Wald zu bieten, ist die Errichtung eines Dirtbike-Rundkurses hinter dem Skaterpark, unterhalb des LIDL-Marktes, durch die Verwaltung in Planung. Für den Erhalt des Skaterparks wird z.Z. ein Konzept durch die Verwaltung erarbeitet.

4.2 Statistik Bücherei 2021

Vorlage: 54/2022

Dieser Mitteilung ist die Bibliotheksstatistik über den Bestand und die Entleihungen vom 01.01.2021 – 31.12.2021 beigelegt.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Ausleihzahl um 1.303 Medien erhöht.

Die Anzahl der Besucher aus Veranstaltungen ist noch einmal um 36 (Corona-bedingt) von 156 auf 120 zurückgegangen.

4.3 Sachstandsbericht Sportplatz Wiesenau

Vorlage: 120/2022

Am 14.02.2022 hat ein gemeinsamer Termin mit Bürgermeister Thomas Pauli und Stadtverordnetenvorsteher Holger Bellino beim Landrat Ulrich Krebs zum Erhalt des Sportplatzes Wiesenau stattgefunden. Im Gespräch wurde vereinbart, dass der Sportplatz als Schul- und Leichtathletiksportplatz erhalten bleiben soll und über Instandsetzungsmaßnahmen auf Verwaltungsebene weiter gesprochen wird.

Dieses Treffen hat als digitales Meeting bereits am 24.02.2022 stattgefunden. In diesem Gespräch wurde erörtert, welche Instandsetzungsmaßnahmen für eine weitere Nutzung notwendig sind. Es wurde vereinbart mit einer Fachfirma Kontakt aufzunehmen und mit dieser einen gemeinsamen Ortstermin auszumachen, um feststellen zu können, welche Kosten auf die Stadt bzw. auf den Hochtaunuskreis für die Instandsetzungsmaßnahmen zukommen werden. Leider konnte dieser Termin aufgrund der Ukraine-Krise noch nicht durchgeführt werden, da beide Hochbauämter (Stadt und Kreis) mit der Suche nach Flüchtlingsunterkünften vordringlich befasst sind.

Am 05.04.2022 wurde von der Verwaltung zu einer Anliegerversammlung im Bürgerhaus eingeladen. Der Termin hat stattgefunden, um insbesondere den Anwohner mitzuteilen, dass vom Verkauf des Sportplatzgeländes Abstand genommen wird und dass die bisherige Nutzung als Schul- und Leichtathletiksportplatz vorgesehen ist. Zudem wollte Bürgermeister Thomas Pauli mit den Anwohnern über die Trainingszeiten der Leichtathletikabteilung der SG Anspach sprechen und der Möglichkeit an zwei Wochenenden im Jahr Veranstaltungen (Wettkämpfe) durchführen zu können sowie weitere Themen, die die Anlieger beschäftigen. Das Meinungsbild aus der Veranstaltung kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Positiv, dass der Sportplatz nicht bebaut werden soll.
- Zwei Veranstaltungen (Wettkämpfe) pro Jahr der Leichtathletikabteilung sind am Wochenende in Ordnung.
- Ausweitung Trainingseinheiten auf 20:30 Uhr in Ordnung, wenn dann auch bis dahin der Abbau erfolgt ist und somit das Trainingsgelände vollständig geräumt ist.
Anmerkung der Verwaltung: Gemäß Lärmschutzgutachten, welches im Zuge der Bauleitplanung aufgestellt wurde, ist ein Sportbetrieb nur bis 19:00 Uhr bzw. bis 20:00 Uhr, wenn kein Ballsport im Rahmen des Schulsports betrieben wird, zulässig.
- Kontakt mit der Schulbehörde aufnehmen wegen dem Treffpunkt der Jugendlichen.
- Die Zaunanlage neu zu errichten, damit der illegale Zugang auf das Gelände erschwert wird.
- Der Heckenbewuchs ist gut, da er Lärm abhält und ein Zuhause für viele Vögel darstellt.

Zudem soll es im Rahmen des Bauausschusses eine Ortsbegehung zum Zustand des Fasanenweges und einer möglichen Pflasterung geben.

5. Anfragen und Anregungen

5.1 Waldschwimmbad

Herr Muschter berichtet, dass es im Rahmen der Saisonöffnung des Waldschwimmbades am 01.05.2022 bei unterschiedlichen Gästen Irritationen darüber gegeben habe, dass noch kein Kartenverkauf möglich gewesen sei. Er befürchtet, dass dadurch eine gute Gelegenheit verstrichen sei, zu der man viele Karten hätte verkaufen können.

Herr Sturm berichtet für die Verwaltung, dass man sich auch gewünscht habe, dass das Kassensystem zum Start der Badesaison einsatzbereit sei. Der kurze Zeitraum von der Vergabe des Auftrages mit dem Tag der Haushaltsfreigabe (08.04.2022) bis zur Saisonöffnung (01.05.2022) habe es der Firma leider nicht möglich gemacht, ein betriebsbereites Kassensystem einzurichten.

Seit dem 04.05.2022 können sowohl Dauerkarten als auch Wertkarten und Einzelkarten bar an der Schwimmbadkasse erworben werden. Ein EC-Karten-Terminal für bargeldlose Bezahlung, die zum Kassensystem gehörigen Drehkreuze sowie ein Webshop sollen in den kommenden Wochen folgen.

5.2 Bücherei

Herr Holm bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeitenden der Bücherei. Mit Verweis auf die Bibliotheksstatistik stellt er die besondere Leistung unter den Bedingungen einer pandemischen Lage heraus. Darüber hinaus verweist er auf das vielfältige ehrenamtliche Engagement des Freundes- und Förderkreises der Stadtbücherei.

Karin Birk-Lemper
Ausschussvorsitzende

Dr. Nico Sturm
Schriftführer

Anlage
Präsentation Vorstellung Seniorenbeirat